

## **MÖGLICHKEITEN EINES ENGAGEMENTS DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR KOLUMBIEN**

Für die Europäische Union (EU) und deren Mitgliedstaaten hat es sich als schwierig erwiesen, zur Konfliktlösung in Kolumbien beizutragen. Der vorliegende Artikel wird auf diese Schwierigkeiten eingehen. Die Rolle der EU und deren Mitgliedsstaaten in diesem Konflikt wird untersucht, und es wird der Versuch gemacht, die Frage zu beantworten: Welche Rolle kann die EU und ihre Mitgliedsstaaten in Bezug auf diesen Konflikt übernehmen? Diese Schrift wird weiters untersuchen, inwieweit eine friedliche Lösung durch Mediation, technische Zusammenarbeit und Abschluß bzw. Umsetzung von Friedensabkommen möglich ist.

Zuvor wird die grundlegende politische Strategie des *Plan Colombia* der Pastrana- Administration (1998-2002) dargestellt. Desgleichen wird eine Beschreibung des Europäischen Engagements in Bezug auf Entwicklungshilfe und Vermittlung im Friedensprozess dargestellt.

### **1. Europäische Interessen in Kolumbien**

Das Interesse Europas richtet sich eher auf die Region hier die Anden-Region- in ihrer geopolitischen Ordnung als auf das Land Kolumbien. Wirtschaftliche Interessen in Bezug auf Kolumbien existieren zwar, doch nimmt Kolumbien einen wenig prominenten Platz in der Wahrnehmung Europas ein, weit hinter Brasilien, Chile oder Mexiko. Jene Phänomene, die direkt in Verbindung mit dem Drogenhandel stehen, haben Europa gezwungen, hierzu klar Stellung zu beziehen. Diese Phänomene sind Geldwäsche, Chemikalienschmuggel, illegaler Waffenhandel, Terroristenbekämpfung sowie die Ab- bzw. Auswanderung von Kolumbianern, auch nach Europa.

### **2. Der Plan Colombia**

Die kolumbianische Regierung unter Präsident Andres Pastrana (1998-2002) entwickelte diesen Plan unter dem Motto "Plan für Frieden , Wohlstand und Stärkung des Staates":

- 1) Bestandteile des Plans sind:
- 2) Eine Strategie für die Wirtschaft
- 3) Eine Strategie für das Finanz- und Steuerwesen
- 4) Eine Strategie für den Frieden
- 5) Eine Strategie für nationale Verteidigung
- 6) Eine Strategie für Recht und Menschenrechte
- 7) Eine Strategie gegen Rauschmittel
- 8) Eine Strategie für alternative Entwicklung
- 9) Eine Strategie für gesellschaftliche Beteiligung
- 10) Eine Strategie für die menschliche Entwicklung
- 11) Eine Strategie der internationalen Orientierung

---

<sup>1</sup> Der Autor vertritt in dieser Schrift seine eigene Meinung, nicht die Meinung des CEPEI.

Wichtig ist es, den Umfang dieses Planes zu verstehen. Daher einzelne wichtige Punkte in der Erläuterung, um ein erweitertes Bild zu ermöglichen.

### **2.1 Der Friedensprozess**

Im *Plan Colombia* sollen zur Erreichung des Friedens drei Schritte unternommen werden:

1. Friedensvereinbarungen, zwischen der Regierung und den Hauptguerillagruppen (FARC und ELN), sollen so flexibel gehandhabt werden, dass jederzeit legitimierte Vertreter der Parteien die Friedensgespräche weiterführen können.
2. Ein Teilabkommen entsprechend der 12-Punkte-Agenda zwischen Regierung und FARC sowie die Sicherung eines dauerhaften Friedensdialoges bis zum Ende der vierjährigen Regierungszeit Präsident Pastranas.
3. Umsetzung der Vereinbarungen

### **2.2 Zugang zur kolumbianischen Wirtschaft**

Die kolumbianische Regierung entwickelte dazu zwei Strategien: Die erste beinhaltete Maßnahmen zur Stabilisierung des makroökonomischen Umfeldes. Dabei legte die Regierung besonderen Wert auf eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und die Beseitigung von Problemen im Bankensektor. Die zweite behandelte die Förderung von Investitionen und die Kräftigung des Handels. Für die wirtschaftliche Entwicklung Kolumbiens und als Gegengewicht zum Drogenhandel haben diese Punkte eine entscheidende Bedeutung .

### **2.3 Anti-Drogen-Strategie**

Die kolumbianische Regierung setzte sich für eine langfristige Anti-Drogen-Strategie ein, mit folgendem Ziel: Senkung von Anbau, Verarbeitung und Verteilung von Drogen um mindestens 50% innerhalb der kommenden sechs Jahre. Dazu gab es sechs Überlegungen:

- a) Bekämpfung der Drogenorganisationen mittels einer integrativen Anstrengung des Militärs
- b) Stärkung des Justizsystems und Bekämpfung der Korruption
- c) Neutralisierung des Finanzsystems des Drogenhandels und Beschlagnahme seiner Mittel für den Staat.
- d) Bekämpfung der im Drogenhandel verwickelten Gewalttäter
- e) Integration nationaler Initiativen in regionale und internationale Maßnahmen
- f) Stärkung und Unterstützung von Plänen für alternative Entwicklung in den vom Drogenhandel betroffenen Gebieten.

### **2.4 Die Reform des Justizsystems und der Schutz der Menschenrechte**

Die Regierung wollte mit dieser Maßnahme ein gerechteres und wirkungsvolleres Justizsystem aufbauen. Die Reform sollte zur Rückgewinnung des öffentlichen Vertrauens in den Staat dienen . Dazu entwickelte sie diesen Maßnahmenkatalog:

- a) Garantie von Recht und Ordnung

- b) Eigenverantwortung des Justizsystems
- c) Förderung, Achtung und Schutz der Menschenrechte
- d) Beseitigung der Korruption
- e) Beschlagnahme illegaler Einkünfte von Kriminellen
- f) Bekämpfung von Schmuggel und Verschärfung der Antidrogengesetzgebung
- g) Eine Verringerung der Nachfrage nach Drogen

## **2.5 Plan zur Demokratisierung und sozialen Entwicklung**

Das alles umspannende Ziel dieser Strategie ist die anhaltende und systematische Reduzierung der Ursachen und Auswirkungen der Gewalt bei gleichzeitiger Stärkung der zivilen Beteiligung und des kollektiven Bewusstseins. Folgende Punkte wurden angeführt: Hilfe für die Gewaltopfer, Hilfe für die Binnenvertriebenen, Strategie der alternativen Entwicklung, nachhaltige Entwicklung in ökologisch sensiblen Gebieten, sowie die Rolle der Gemeinden.

## **3. Hintergründe, warum die Europäer den *Plan Colombia* ablehnten**

Nachdem der *Plan Colombia* in den USA auf den Weg gebracht worden war, wurde die Europäische Union und deren Mitgliedstaaten formal darin eingebettet - zehn Monate später. Das löste Befremden aus. Hauptpunkt dieses Befremdens war die Tatsache, dass von den Europäern wirtschaftliche Beiträge erwartet wurden, ohne dass vorher mit ihnen darüber verhandelt worden wäre.

Bei der Vorstellung des *Plan Colombia* nahmen die Europäer eine abwartende Haltung ein. Der Plan war vorsichtig von den USA inspiriert worden, er wurde aber wie ein unverfälschtes kolumbianisches Produkt verkauft.

Von Anfang an waren die Europäer von der militärischen Komponente des *Plan Colombia* beunruhigt. In Europa befürchtete man, dass bei einer Erschöpfung der finanziellen Mittel die Europäer für eine Auffrischung der Mittel einspringen und damit die Konsequenzen für einen Plan tragen würden müssen, den sie nicht unterstützt hatten.

Der *Plan Colombia* wurde explizit zurückgewiesen, und es wurde auf den Friedensprozess gesetzt. Herauszustellen ist die gemeinsame Anstrengung Europas für den Friedensprozess. Die kolumbianische Regierung veranstaltete mit der technischen Unterstützung der *Inter American Development Bank* (IDB) die "mesas de donantes" in Madrid, Brüssel und Bogota. Die EU und deren Mitgliedstaaten versprachen etwa 338 Millionen Euro. In diesem Moment war das wie eine Zuteilung neuer Mittel zu verstehen. Es wurden aber Stimmen laut, die argumentierten, man verwechsle dies mit bereits zuvor zugesagten Mitteln, die im Rahmen des normalen Mechanismus der offiziellen Kooperation lagen. Diese Kritik mag, objektiv gesehen, nicht ganz falsch sein, aber das Beisteuern von Mitteln der in der europäischen Union zusammengefassten Staaten hat sich zum prinzipiellen Antrieb der "Ayuda Oficial al Desarrollo" (offizielle Entwicklungshilfe) herausgebildet. In der Zeit von 1998-2002 haben die EU und deren Mitgliedstaaten nicht weniger als 556 Millionen Euro aufgebracht. Das bedeutet, dass sie die wichtigsten Geldgeber für Entwicklungshilfe in Kolumbien waren.

#### **4. Die Haltung des Europäischen Parlaments**

Das europäische Parlament hat 22 Punkte in Bezug auf den *Plan Colombia* behandelt und seine Position bestimmt. Es hat sich dafür entschieden, den Friedensprozess zu unterstützen. Die Vision des Europäischen Parlaments, eine politische Lösung für einen anhaltenden Frieden zu finden, stimmte nicht mit dem *Plan Colombia* überein, denn der *Plan Colombia* ist kein Produkt von Absprachen zwischen unterschiedlichen Akteuren.

#### **5. Die Haltung der Nichtregierungsorganisationen**

Sie waren nachdrücklich gegen den *Plan Colombia*. Es war das erste Mal, dass so viele dieser Organisationen für Kolumbien und seinen Konflikt Interesse zeigten und sich gegen die Strategie der kolumbianischen Regierung aussprachen. Es ist die Meinung Vieler, dass viele dieser Organisationen, besonders Menschenrechtsaktivisten, eine radikale und nicht immer objektive Position vertraten. Es gab viele Meinungen, aber wenig konkrete Vorschläge. Das bedeutet nicht, dass ihre Arbeit in Kolumbien nicht notwendig war. In vielen Situationen war sie lebensnotwendig für die kolumbianische Bevölkerung. Die Achtung und der Schutz der Menschenrechte war ihr Hauptthema.

#### **6. Die mögliche Rolle der EU und ihrer Mitgliedsstaaten**

Die EU und einige ihrer Mitgliedstaaten hatten ehrenwerte Absichten im Suchen einer politischen Lösung für den kolumbianischen Konflikt, jedoch fehlte eine zusammenhängende auf Dauer ausgerichtete Politik.

Die "Gemeinsame Agenda für einen Wechsel zu einem neuen Kolumbien", eine Absichtserklärung der kolumbianischen Regierung und der Guerillagruppe FARC, enthält einige Punkte in Bezug auf die Mitwirkung der europäischen Staaten. Diese waren aufgefordert, eine wesentliche Rolle im Friedensprozess zu spielen. Dies kam bisher nicht zum Tragen.

Es wird Aufgabe Europas sein, eine politische Lösung im kolumbianischen Konflikt zu verhandeln. Die USA muss ihre Resultate im Kampf gegen den Drogenhandel bewerten. Ohne die Hilfe dieser beiden Blöcke wird es keine Lösung des kolumbianischen Konflikts geben und auch keine Lösung auf der Suche nach einer zusammenhängenden und wirksamen Politik im Kampf gegen den Drogenhandel.

Die Politik Europas gegenüber der Regierung von Präsident Uribe (seit 2002) ist weitgehend strukturlos. Es ist notwendig für Europa, Strategien und die dazugehörigen Elemente zu schaffen. Die Europäische Position gegen den *Plan Colombia* ist vollständig legitim, aber der anhaltende Konflikt, der täglich mehr Menschenleben fordert, braucht einen stärkeren politischen Willen der Europäer.

#### **7. Entwicklungshilfe als Instrument für die demokratische Sicherheit**

Der Mechanismus der Kooperation zwischen der EU und Kolumbien basiert auf einer Vereinbarung aus dem Jahr 1993. Diese Vereinbarung bildet den juristischen Rahmen, der die Kooperation zwischen der EU und den Anden-Staaten regelt. In dieser Vereinbarung existieren mehr als 20 Budgetlinien, die in vier Kategorien aufgeteilt sind.

Kolumbien wurde als Land mittlerer Entwicklung eingestuft. Ganz sicher hat Kolumbien mit dieser Einstufung als Empfänger von Kooperation an Wichtigkeit eingebüßt. Die Einstufung basierte ausschließlich auf wirtschaftlichen Faktoren und lässt den 40-jährigen internen Konflikt außer acht.

Als Ergebnis des Gipfels von Rio de Janeiro (1999) hat sich eine bi-regional politische Vision gebildet, welche auf drei Aspekten basiert:

- 1) Politischer Dialog
- 2) Wirtschaftliche und finanzielle Verbindungen basierend auf Liberalisierung des Handels und seiner Kapitel Flüsse
- 3) Kooperation in wichtigen Sektoren.

Die Prioritäten und die prinzipiellen Restriktionen der europäischen Kooperation in der Anden-Region und speziell in Kolumbien sind folgende:

- Unterstützung des Friedensprozesses
- Kampf gegen den Drogenhandel
- Stärkung des Rechtsstaats
- Verteidigung der Menschenrechte
- Kampf gegen die Ursachen der Gewalt und die Hilfe für die Opfer
- Unterstützung für regionale Kooperationsvereinbarungen
- Förderung nachhaltiger Entwicklung

Es existiert Übereinstimmung in der Gesellschaft über die Notwendigkeit des Lösungsforgangs von vier Problemen, die strikt mit dem besagten Konflikt verbunden sind, nämlich:

- 1) Bekämpfung des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens
- 2) Gültigkeit der Menschenrechte
- 3) Schutz der Umwelt
- 4) Erholung der Wirtschaft

Wenngleich Klarheit und Übereinstimmung in den Prioritäten der Kooperation mit Kolumbien und der Anden-Region besteht, gibt es andererseits Differenzen in dem Verständnis Europas für die Probleme Kolumbiens und über Verfahren und Modalitäten der Kooperation. Vordringlich wären:

- Ein besseres Verständnis von Seiten Europas für den bewaffneten Konflikt und die prinzipiellen Probleme, die Kolumbien durch-lebt
- das Erkennen bzw. die Implementierung effektiverer Modalitäten der Kooperation
- das Vereinbaren von Verfahren, um das Zusammenwirken zwischen Regierung und NGOs zu verbessern
- Einräumung einer höhere Priorität für Kolumbien in Europa.

## **8. Lösungsansätze und Empfehlungen**

Grundsätzlich ist festzuhalten: Der Frieden kommt nicht von selbst. Man muss sich in den Zeiten des Konflikts vorbereiten für die Zeit nach dem Konflikt.

### **8.1 *Der Dialog Europa – Anden Region – USA***

Ungewöhnliche Bedrohungen, fundamentale Probleme der Entwicklung, transnationale Herausforderungen sollten in Bezug auf Kolumbien in Europa und den USA verstärkt thematisiert werden. Insbesondere sollten sich die europäischen Staaten und die USA Gedanken über ihre Rolle in der Konfrontation mit dem Drogenhandel machen.

### **8.2 *Technische Kooperation und internationale Politik***

Für einen konstruktiven Beitrag in Hinsicht auf internationale Kooperation ließen sich folgende Ansätze denken:

- Eine strategische Reflexion für die Lösung der Probleme
- Ein Aufbau von Vertrauen und Respekt und das Etablieren von formalen Regeln, um die Sicherung eines dauerhaften Friedensdialogs zu erreichen, der dann konkret in die Umsetzung der Vereinbarungen übernommen werden kann
- Eine kohärente europäische Politik, die auf Langzeit ausgerichtet ist und konkrete Ziele im Auge hat.

Um eine bessere Wirksamkeit der europäischen Entwicklungspolitik zu erreichen, sind in Betracht zu ziehen: Eine geografische wie sektorale Konzentration, Koordinierung und Ergänzung zwischen den diversen Akteuren, sowie die Koordinierung der Geberstaaten und -organisationen. Damit würde auch die Einrichtung eines effektiven Evaluierungsmechanismus' für das europäische Engagement ermöglicht.